

Was uns den Rest gibt

Studie: „Offen für antidemokratische Propaganda“, FR-Politik vom 23. Juni

Noch lange ist nicht aus der Geschichte gelernt. Uns steht als Gesellschaft eine gewaltige Aufgabe bevor: die Entwicklung des Rechtsextremismus in Deutschland in Schach zu halten. Es gab diesen dumpfen deutschen Geist immer. Lange ging's erträglich gut. Die Corona-Krise und jede weitere gesellschaftliche Verunsicherung werden diese beängstigenden Ergebnisse der Friedrich-Ebert-Studie verstärken, machen wir uns nichts vor.

Noch immer und weiter sich fortsetzend bestimmt dieses Unbehagen in der individualistischen und privatisierten, krankmachenden Gesellschaft das allgemeine Klima. Überforderung, Entfremdung, offene und latente Angst vor dem Scheitern. Nischenverluste. Dies alles und die Globalisierung mit ihren Auswüchsen geben den Rest. Es ist nicht nur die soziale Ungleichheit. In jedes Vakuum, in jeden Mangel an Orientierung und sozialen Halt preschen die einfachen Parolen und Verführungen hinein, vorzugsweise von ganz rechts. Über die Gefährdung der Demokratie kann inzwischen mit Recht gesprochen werden. Die Betonung der Mitte bei der Forderung, klar Position zu beziehen, ist im weitesten Sinne richtig. Denn es geht auch darum die „Feinde“ im eigenen Lager zu sehen: Die Wackelkandidaten, die Gleichgültigen, die Sattsamen.

Jürgen Malyssek, Wiesbaden

Was für eine Versöhnung!

Zu: „Namibias Opposition ist erzürnt“, FR-Politik vom 10. Juni

Dass die namibischen Oppositionsparteien LPM und NUDO das zwischen der deutschen und der namibischen Regierung geschlossene Versöhnungsabkommen zu dem von deutschen Kolonialtruppen an den Herero und Nama verübten Völkermord ablehnen, ist mehr als verständlich angesichts der Tatsache, dass die Verbände der traditionellen Autoritäten der betroffenen Volksgruppen von den Verhandlungen ausgeschlossen worden waren. Stattdessen hatte die namibische Regierung, in der Angehörige der Owambo dominieren, der seit dem Genozid größten ethnischen Gruppe in Namibia, Personen in den Verhandlungsprozess involviert, die bereits von namibischen Gerichten für schuldig befunden worden waren, weil sie sich zu Unrecht als Nama-Anführer ausgegeben hatten. Zudem sieht das Versöhnungsabkommen keine direkte finanzielle Entschädigung für die Nachfahren der damaligen Opfer, sondern nur finanzielle Hilfen für Projekte der namibischen Regierung in den Siedlungsgebieten der Herero und Nama vor. Echte Versöhnung geht anders ...

Thomas Tews, Frankfurt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20210607

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit dem Historiker Florian Weis über das Thema „Daueropposition? Die Labour Party nach der neuen Wahlniederlage“. Zugangsdaten unter club-voltaire.de

Donnerstag, 1. Juli, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstr. 5, Frankfurt

Karin Dalka nimmt am digitalen Kamingsgespräch zum Thema „Deutschland sucht das Genders-ternchen“ teil. Mit Sabine Sczesny (Uni Bern), Petra Weitzel (Gesellschaft für Transidentität und Intersexualität), Marianne Preis-Dewey, (Blinden- und Sehbehindertenbund Hessen), Martin Franke (EKHN). Moderation: Jannika Kämmerling (HR). Stream: evangelische-akademie.de/kalender

Freitag, 2. Juli, 19 Uhr
Evangelische Akademie Frankfurt

Tobias Schwab moderiert das Forum Entwicklung zum Thema „Per Gesetz zur fairen Lieferketten für Mode?“ Zahl der Teilnehmenden ist beschränkt. Registrierung mit „Mode“ auf fr.de/anmeldung. Negativer Corona-Test oder vollständiger Impfnachweis ist vorgeschrieben. Den Link zum Stream finden Sie am Tag der Veranstaltung auf giz.de/forum-entwicklung
Montag, 5. Juli, 19 Uhr
Haus am Dom, Domstraße 3, Frankfurt

Und ab und zu schwenken wir Fähnchen

Ungarisches Homosexuellen-Gesetz: „Können lieben, wen wir wollen“, FR-Politik vom 24. Juni

Lasst uns gemeinsam lesen!

Danke Herr Orbán! Ich bin jetzt jedenfalls fest entschlossen, unser innerfamiliäres Leseprojekt mit unseren Kindern fortzuführen. Das letzte Jahr hatten wir intensiv für gemeinsames Lesen in deutscher und englischer Sprache genutzt. Nun stand auf dem Plan bereits „In einer Person“ von John Irving. Jetzt ist es zu einem politischen Projekt geworden und wir nehmen uns die Zeit für diese Literatur, die mit ihrer Botschaft so wichtig ist!

Tanja Clauß, Frankfurt

Welche Werte und welche Wertegemeinschaft?

Ja, das „ungarische Homosexuellen-Gesetz“ ist diskriminierend, demütigend und unerträglich. Aber diejenigen, die sich jetzt so fulminant aufblasen, sollten besser die Luft anhalten und nicht versuchen, von ihren eigenen Schandtaten abzulenken. Von der Leyen (CDU) spricht von Menschenwürde, Gleichheitsgrundsatz, grundlegenden Menschenrechten und davon, dass die EU bei diesen Prinzipien keine Kompromisse eingehe. Für Merkel (CDU) sei dieses ungarische Gesetz nicht mit ihrer Vorstellung von Politik vereinbar, und Barley (SPD) fordert EU-Gelder von „Rechtsstaatsündern“ einzufrieren. Heuchler unter sich!

Die EU sorgt z.B. dafür, dass das Massengrab im Mittelmeer täglich größer wird und illegale Pushbacks an den europäischen Außengrenzen zur Normalität gehören. Ein europäisches Arbeitsrecht, das diesen Namen verdienen würde und soziale Standards setzt, die den Interessen der abhängig Beschäftigten wirklich nützt, steht in den Sternen. Ein Steuerrecht, das wenigstens dazu führt, dass die internationalen Konzerne angemessene Steuern zahlen – und ich meine nicht die im Gespräch stehenden 15 Prozent –, ist weit entfernt. Und so weiter.

Auf der Meinungsseite ist davon die Rede, dass sich Länder wie Ungarn oder Polen immer weiter von der europäischen Wertegemeinschaft entfernen. Welche Werte und welche Wertegemeinschaft?

Manfred Heinzmann, Mörfelden-Walldorf

Ja, die Welt könnte ein besserer Ort sein

Ach ja, die europäischen Werte. Da leuchten die Stadien in Regenbogenfarben, die Fans reißen sich um farbige Fähnchen. Und die Kommissionspräsidentin findet erstmals klare, deutliche Worte gegen die Verletzung von Menschenrechten. Ja, wenn es nichts kostet und auch noch eigene Interessen bedient werden, dann scharen sich die Europäer hinter ihrer Wertewelt. Aber wenn es etwas kostet und man auch persönlich einstehen müsste, dann weht die Wertefähne über einsamem Gelände.

Man stelle sich Folgendes vor: Beim Endspiel um die Fußballmeisterschaft veröffentlicht die UNO die Zahl der im Mittelmeer ertrunkenen Migranten. Eine NGO fordert dazu auf, die Farben von Staaten im Subsahara-Gebiet Afrikas, aus denen sich die Migranten vor Krieg und Hunger in Sicherheit bringen wollen, an den Stadien leuchten zu lassen und auch solche Fähnchen zu verteilen. Sie fordern dazu auf, gegen all die Staaten und Bevölkerungsteile Europas zu protestieren, die nicht retten, sondern sich gegen die Not abschotten wollen: Wie sähe wohl die Farbenpracht an den Stadien und darinnen aus? Und wie schweigsam würde sich wohl die Kommissionspräsidentin für das Menschenrecht auf Überleben einsetzen?

Ach ja, die europäischen Werte! Die Welt könnte ein besserer Ort zum Leben sein, wenn das Gedankenexperiment ganz anders ausginge: Die Farben der Flüchtlinge leuchten auf allen Stadien und die Fähnchen drinnen heben und senken sich in La-Ola-Wellen hinauf und hi-

nunter. Die Kommissionspräsidentin stoppt alle Geldflüsse in rettungsunwillige Staaten.

„Na also, geht doch!“, könnten alle sagen. „War doch gut, die Generalprobe mit den europäischen Werten.“

Dieter Reitz, Mainz

Manche Diktaturen sind gleicher als gleich

Die FR berichtet über die Diktatur in Belarus, über die mutmaßliche Entführung eines türkischen Lehrers in Kirgistan, wahrscheinlich durch den türkischen Geheimdienst MIT, über die Schließung der Zeitung „Apple Daily“ durch die chinesischen Behörden in Hongkong. Die Schweinereien der Despoten sind vergleichbar. Wie aber sieht es mit der Antwort der EU aus? Gegen Lukaschenko werden Sanktionen verhängt, aber Belarus ist ein relativ unwichtiges Land für Deutschland und die EU. Da lässt sich gefahrlos dreinschlagen. Anders beim Nato-Mitglied Türkei. Erdoğan hält einige Deutsch-Türken (und viele türkische Bürger) unter fadenscheinigen Beschuldigungen in Haft; seine Truppen besetzen syrisches Gebiet (hör ich das Wort „Krim“?); er wildert mit seinen Bohrschiffen in EU-Gewässern und sendet Söldner und Waffen (trotz Embargo) nach Libyen. Aber die Türkei ist wichtig für die EU, u.a. als Bollwerk gegen flüchtende Menschen. Beim mächtigen China ist es ähnlich: Bloß keine „Einnischung in die inneren Angelegenheiten“, sonst liefert Peking keine Chips mehr. Nicht einmal Großbritannien, ehemalige Schutzmacht Hongkongs, zieht Konsequenzen. Manche Diktaturen sind halt gleicher als gleich!

Das Schweigen der EU ist relativ laut. Aber Europa hält ja die Menschenrechte hoch: das Menschenrecht auf freien Handel und ungehindertes Profitstreben. Und ab und zu schwenken wir Regenbogenfähnchen.

Manfred Backhaus, Niederbrechen

Diskussion: frblog.de/orban

Die Brunnen Afghanistans sind verschüttet

Bundeswehr in Mali: „Doppelt gescheitert“, FR-Meinung vom 28. Juni

Wofür riskieren Soldaten in Mali ihr Leben?

Die Bundeswehr zieht nach 20 Jahren aus Afghanistan ab. Gekommen war man zum „Brunnen bauen“. Dem Bundestag obliegt nun die Aufgabe, den „Erfolg“ der 20-jährigen Militäraktion zu bewerten! Viele Tote, Milliarden Kosten und Zustände schlimmer als zuvor! Die aktuellen Ereignisse in Mali sollten gleich mitbewertet werden! Ich frage die Bundesregierung und die Mitglieder des Bundestages: Wofür riskieren deutsche Soldaten in Mali derzeit ihr Leben? Das sollte nach zwei Putschen korrupter Militärs geklärt werden! Jeden einzelnen Abgeordneten frage ich, wie er die Fortsetzung des Minusma-Einsatzes – jetzt

auch bei geplantem Abzug der Franzosen – zu begründen denkt. Wenn ich Worte wie „erschütterung“ und „hinterhältig“ aus politischem Munde höre... Politiker-Worte... Politiker-Worte... Politiker-Worte.... Egal aus welchem Munde sie kommen. Ich werde jeden Wahlkämpfer im Bundestagswahlkampf zur Rede stellen – das ist meine klare Ansage! Carsten Dietrich Brink, Gauting

Wir verteidigen uns durch Handel und Diplomatie

Das Problem der Landesverteidigung ist eine offensichtliche Fehlbenennung eines Ministeriums. Würde es als das genannt werden, was es ist, wäre eine sachliche Diskussion über Landesverteidigung möglich. Dazu

muss das Verteidigungsministerium genannt werden, was es ist: Militärministerium. Es wäre dann leichter, objektiv darüber zu reden, dass das Land durch Handel, Bildung, Kulturaustausch, Religionsfreiheit, Diplomatie und Kampf gegen Hunger verteidigt wird. Es reicht nicht, Schuldfragen zu erörtern, Kränze niederzulegen und bei Bombenfunden zu evaluieren. Es muss über Landesverteidigung geredet werden, und das Militär ist als die teuerste und zerstörende Alternative zu benennen.

Die Brunnen Afghanistans sind verschüttet, und die Hubschrauber taugen in Mali nichts. Konsequenz ist: Mehr Ausgaben für Militär. Das ist die Fortführung von „Nie wieder Krieg“.

Rudolf Wenz, Steinbach